

Verantwortlicher Redakteur: R. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: H. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk.
vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Kleinen 30 Pf.

Abend-Ausgabe.

Annahme von Anzeigen Hofmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten
Deutschlands: H. Hoffe, Baumbach & Vogler, G. L. Dabbe,
Imbaldenbank, Berlin. Bernh. Arndt, Mar. Gerkmann,
Eberhard B. Thines, Greifswald G. Jüles, Halle a. S.
Jul. Bard & Co. Hamburg Joh. Nothmann, A. Steiner,
William Wilkens. In Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M.
Heinr. Gieseler. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Zur Bewegung auf Kreta.

Einige Blätter bemerken, einen Widerspruch zu konstruieren zwischen der Beteiligung des deutschen Vertreters an dem in Athen übergebenen Ultimatum und der früheren Erklärung der deutschen Regierung, sie erachte es unter ihrer Würde, mit Griechenland weiter zu verhandeln. Dabei wird übersehen, daß, wer ein Ultimatum überlegt, eben dadurch im diplomatischen Sinne konstatirt, er wolle nicht weiter verhandeln. Denn das Ultimatum läßt dem andern Theile nur die Wahl, die Forderung des Ultimats anzunehmen oder im Fall der Weigerung die angebotenen Folgen über sich ergehen zu lassen. Diese Folgen sind für Griechenland Zwangsmaßnahmen jeglicher Art, also auch Viole. Die Note bedeutet daher in der vorliegenden Fassung nichts Anderes, als das Einverständnis in die Politik, die von Deutschland in Uebereinstimmung mit Rußland von vornherein als die gegen einen friedensbrechenden Kleinstaat die besten empfohlen worden war. Es würde vollkommen unverständlich gewesen sein, wenn Deutschland in dem Augenblick, wo in seinem Sinne Europa in Athen das Wort ergriß, sich der Stimmabgabe enthalten hätte.

Der „Nat.-Ztg.“ wird aus Athen geschrieben: Seit der Beilegung der Kreten durch die Schiffe der Mächte ist die Stimmung hier nicht mehr ausschließlich von dem Gedanken der Vereinigung Kretas mit Griechenland beherrscht. In erster Reihe beschäftigt jetzt Kopf und Herz des Nationalgriechen keine Stellungnahme zu den europäischen Mächten, diesen Vertretern des Christenthums, deren „Konkret“ darin besteht, daß sie alle in Uebereinstimmung den Christenmord im Orient befehligen. „Karikaturen stellen sie dar, wie sie, jeder ein kleines Griechentum zwischen den Beinen, mit Schlachtmessern auf ihre Opfer losgehen. Der Haß gegen die Mächte hat bereits merkwürdige Formen angenommen. Kinder beschimpfen in recht häßlicher Weise ihre deutschen Gouverneure, Familienväter verbieten ihren Kindern, französisch oder englisch weiter zu lernen, ein Dritter reißt einen russischen Orden vom Hof. Ein großer Kaufmann hat seine Geschäftsverbindung mit Hamburg abgebrochen. Man ging sogar so weit, zu erwägen, ob den Fremden nicht der Zutritt zu den Museen und der Akropolis zu verbieten wäre. Kaftblütige Fragen, ob man sich denn auch die aus „europäischer“ Keimwand gefertigte Wäsche vom Leibe reißen und es aufgeben wolle, mit „europäischer“ Federn auf „europäischem“ Papier zu schreiben. Glücklicherweise überwiegen die Besonnenen, welche meinen, man solle Griechenland durch einen derartigen Abbruch der internationalen Beziehungen nicht als Narrenhaus vor der Welt bloßstellen. Doch ist diese Besonnenheit auch nur die Frucht eifriger Selbstzensur. Man redet sich und Andern nämlich vor, daß seit 1821 keine dem heutigen vergleichbare, ganz Europa umfassende Hilflosigkeit aufgekommen sei. Alles Wese, was Griechenland widerfährt, kommt nur von den Regierungen her, die mit den Bölkern keine Fühlung haben! Es ist dem selbstgefälligen Griechen unmöglich zu glauben, daß nicht alle Welt es liebe, seine und verehere, als ob sie lauter Aristokratie und Leonidasse wären.“

Die gestern erschienenen Athener Blätter sprechen sich einstimmig für eine Politik des Widerstandes aus. Die halbamtliche „Proia“ sagt: „Wir sehen nicht ein, weshalb ein griechisch-türkischer Krieg den Frieden Europas bedrohen würde. Wir verlangen von Europa nur Gerechtigkeit und machen im Voraus darauf aufmerksam, daß im Falle einer neuen Ungerechtigkeit gegen den Hellasismus der Frieden unmöglich sein würde.“ „Ais“ meint, die Autonomie Kretas schaffe nur ein diplomatisches Fiktion, das der Gewalt der Dinge, der Erbitterung und den religiösen Leidenschaften in Kreta nicht Widerstand leisten könne. Ein Selbstgovernment für Kreta bedeute Arbeit oder Konfession. Die „Akropolis“ hält eine Autonomie für unmöglich. „Nea Emira“ meint, Europa könne wohl Griechenland in Zwang halten, aber es würde nicht den Freiheitskriegen antworten können. „Wir werden“, sagt „Kairi“, „Macedonien und Epirus in Aufruhr werben. Gott wird unseren Waffen G. G. verleihen.“ „Nea Chimieris“, Organ der Regierung, schreibt: „Gottens wir, daß die Antwort des Ministers Deljanis dem Wunsche der Nation entspreche.“ „Vostia“ kündigt eine Massenlandung an und fügt hinzu: „Lacht uns dahin gehen, wo die Geschosse der Flotten Europas uns nicht erreichen können.“

Aus Wien wird geschrieben, daß die weiteren Verhandlungen der Mächte über etwa zu unternehmende Zwangsmaßnahmen gegen Griechenland voraussichtlich noch einige Tage dauern werden. Wegen der technischen Durchführbarkeit einer strengen Blokade gegen Griechenland wird zunächst das Gutachten der Admirale der vor Kreta liegenden Schiffe der Großmächte eingeholt werden.

Konstantinopel, 3. März. (Melbung des Wiener k. k. Telegr.-Korr.-Bür.) Die gestern überreichte Kollektivnote der Mächte erklärt, daß die Mächte, von dem Wunsche befeßt, die Integrität der Türkei zu erhalten, die Wiederherstellung der Ordnung in Kreta beabsichtigen haben. Zudem die Mächte erklären, daß in Folge der Verzögerung die Ausführung des vorliegenden Arrangements nicht mehr den Verhältnissen entspreche, haben sie sich in der Zukunft geneigt, daß Kreta die Autonomie gewährt werden müsse. Gleichzeitig wird die an Griechenland gerichtete Summation angehängt.

Konstantinopel, 3. März. Das griechische Panzer-Schiff „Sphora“ ist im hiesigen Hafen geblieben. Der griechische Kommandant hat mit den Admiralen der fremden Geschwader eine Unterredung. Ein österreichisches Torpedoboot schleifte ein kleines Segelboot mit Lebensmitteln von Sfakio hierher. Das italienische Panzer-Schiff „Cardagna“ wird hier erwartet. Die Patrouillen in der Stadt sind verdoppelt worden.

Aus dem Reich.

Das Kaiserpaar besichtigte gestern im Zeughaus die neu geordneten **Andenken an Kaiser Wilhelm I.** Auch der Kriegsminister von Bismarck war zugegen. Die früher geschaffenen „Gedenksteine“ ist wegen des ungenügenden Lichtes aufgegeben; dafür hat man die Mische gegenüber

dem Fenster des Reichthofes durch eine Drapierung mit Fahnen und Kissen geschmückt. Zwischen den Bögen hängen mit Andern grob gemalte „Fahnen“, die hofentlich nur vorübergehend angebracht sind. Im Uebrigen ist die Sammlung der Andenken mannigfaltig bereichert worden mit Gegenständen, die früher anderswo ihren Platz hatten. Da befinden sich z. B. an einem Pfeiler die Giebelgewölbe der Prinzen Friedrich Wilhelm (IV.), Wilhelm (I.) und Karl vom Jahre 1806. Gegenüber hängen auf weißem Grunde, von einem rothen Blüthengirlanden umgeben, die Schlüssel von 19 eroberten französischen Festungen; sie sind geschmückt mit dem Bande vom Eisernen Kreuz. Der mächtigste Schlüssel, der von Straßburg, liegt auf einem besonderen Sockel; auch der Schlüssel von Metz. Vorhanden. Angestrichen sind die Schlüssel aus den Befreiungskriegen, darunter die vergoldeten Schlüssel von Berlin, die 1806 übergeben und 1815 zurückgefordert worden sind. Hingekommen ist hier ferner der Ehrenpokal freiwilliger Kampfgenossen von 1813—15 zu Polen, der vom letzten kaiserlichen Kaiserpräsidenten des Reiches zu Danzig 1884 dem Kaiser überreicht wurde. Sodann die Ehrensäule aus französischem Rohmetall, die dem Verein der Freiwilligen 1813—15 verliehen und nach dem Aussterben des Kaisers zurückgegeben wurde. In der Fußplatte befand sich früher der Schreibstift Theodor Körners. Die große Ehrensäule vom 60jährigen Dienstjubiläum König Wilhelms (1867), ein Geschenk des Meeres, ist jetzt in die Mitte des Saales gerückt. — Prinz **Seinrich von Preußen** ist gestern Abend von Kiel über Bremen nach Wilhelmshafen abgereist, um dort heute mit dem Kaiser der Beilegung der Marineverträge beizuwohnen. — Prinz **Albrecht von Preußen** begibt sich heute nach Holland, um auf seiner Besichtigungsaarung beim Haag einige Tage zu verweilen. Die nächste soll am 10. d. Mts. erfolgen. — Der Notar, Justizrath **Dr. L. J. J. J. J.** aus Charlottenburg ist am Dienstag plötzlich am Herzschlage verstorben; er hatte noch in voller Frische der Schlußung des brandenburgischen Provinzialparlamentes und daran anschließend der Kreisaußscheidung des Kreises Teltow beigewohnt. Seit 1877 war er der Syndikus des Kreisaußschießes. — In **Odenburg** ist die **Schulvorlage** im Landtage in zweiter Lesung angenommen und somit Gesetz geworden. — **Bischof Dr. Gaffner in Mainz** hat einen **Girtenbrief** erlassen, in dem er den Statthaltern seiner Diözese dringend den Anschluß an das Zentrum und die Beteiligung an den politischen Wahlen empfiehlt. — In **Wiesbaden** bewilligten die Stadtverordneten 1000 Mark für die **Zentenarfeier** und 15 000 Mark Beitrag zum **Kaiser Wilhelm-Denkmal** aus Sparkassensmitteln. — Für die **Jahresfeier** innerhalb der Marine sind folgende Bestimmungen getroffen: Die im Inlande befindlichen Schiffe feiern am 21. und 22. März. Am 21. März findet eine Vorfeier und Festgottesdienst statt, am 22. März Musterung, Ansprache des Kommandanten, Salut und Flaggen über die Toppen.

Deutschland.

Berlin, 4. März. In der verstärkten Budgetkommission des Abgeordnetenhauses wurde gestern Nachmittag die zweite Lesung der Vorlage über die Gehaltsaufbesserungen fortgesetzt. Zur Verhandlung stand der zweite Abschnitt: ausstehende Gehälter. Die vorgeschlagenen Gehaltsaufbesserungen für die Ministerpräsidenten (9000—12 700 Mark), die vortragenden Räte der Ministerien und andere Beamte desselben Ranges, z. B. Senatspräsidenten bei den Oberlandesgerichten und Oberstaatsanwälte, einschließlich des ersten Staatsanwalts beim Landgericht I Berlin (7500—11 000 Mark) werden nach dem Beschluß erster Lesung bestätigt. Ein Gehalt von 7500—9300 Mark für den Dirigenten der Verwaltung der direkten Steuern in Berlin, den Direktor der Münze, die 12 Oberpräsidialräthe und die 10 Räte beim Oberlandesverwaltungsgericht wurde gleichfalls nach den Beschläßen erster Lesung bewilligt. Ebenso wurden bewilligt 6000—8000 Mark für einen Polizeibefehlshaber in Berlin, 13 Polizeipräsidenten und Direktoren und 12 Brigadiere der Landgendarmarie; 5700 bis 7500 Mark für 35 Provinzialpräsidenten; 6000—7200 Mark für die Berliner Leiter der höheren Bollandstellen; 5400—7200 Mark für 207 Oberlandesgerichtsräte, 230 Landgerichtsdirektoren und 92 erste Staatsanwälte; 5100 bis 7200 Mark für die Leiter der Bollandstellen in Provinzialstädten; 4800—7200 Mark für die Vorsteher von Staatsarchiven. — Den Hauptstreitpunkt bildeten Position 12, betr. das Gehalt der Regierungsräte (auch Forsträte, Oberforstmeister u. A.), und Position 23, betr. die Gehälter der Amts- und Landrichter. Beide Positionen wurden zusammen diskutiert, weil es sich hier um ausgleichende Kompromissanträge handelte. Die bisher von verschiedenen Seiten erhobene Forderung einer Gleichstellung der Regierungsräte mit den Richtern wurde fallen gelassen, es wurde vielmehr heute das Hauptgewicht darauf gelegt, den Abstand zwischen den Gehältern der beiden Gruppen möglichst herabzumindern. Zu dem Zweck lag der Antrag Beileites-Sattler (natl.) vor, das Höchstgehalt der Regierungsräte statt auf 7200 auf 6300 Mark zu normiren, dagegen das Höchstgehalt der Richter um 300 Mark, also auf 6600 Mark zu erhöhen. Abg. Bartels (kons.) beantragte, bei Annahme des Antrages Beileites, gewisse Oberregierungsrathsstellen und Oberkonsistorialrathsstellen über die Höhe der Regierungsvorlage hinauszubehalten. Dr. Sattler ist mit diesem Vorschlag einverstanden. Finanzminister Dr. von Miquel erklärte sich gegen den Antrag Bartels und führt des Weiteren aus, aus welchen Gründen die Regierung eine Gleichstellung der Richter mit den Regierungsräten nicht haben vornehmen können. Die Regierung sei außer Stande, einer verschiedenen Bemessung des Gehalts der Oberlandesgerichtsräte und der Regierungsräte zuzustimmen. Sie habe 1879 diese Steigerung den Regierungsräten in Aussicht gestellt und wolle nun ihre Zusage erfüllen. Das Hauptgewicht legt der Minister auf die Erhaltung der bisherigen Beamtenorganisation. In einzelnen anderen Punkten wolle die Regierung nachgeben, hier sei es nicht möglich, ohne das ganze Gefüge zu alteriren. Man möge auch berücksichtigen, daß die Richter nicht versetzbar und nicht ab-

setzbar und insofern ohnehin schon materiell bedorngt seien. Abg. Bartels stimmt der prinzipiellen Auffassung der Regierung bei, ist aber der Meinung, daß der Antrag Beileites das Prinzip nicht direkt verletze. Abg. Stengel (freikons.) ist für die Regierungsvorlage, während Dr. Friedberg (ntl.) beantragt, daß die Regierung in diesem Kardinalpunkt kein Entgegenkommen zeige. Unter solchen Umständen würde die Regierung für ein Scheitern der Vorlage verantwortlich sein. Abg. Graf Bismarck-Stirum giebt zu erwägen, ob es nicht im Interesse des Zustandekommens der Vorlage das Beste wäre, die Regierungsräte sowohl, wie die Amts- und Landrichter aus der Vorlage auszuschneiden und es vorläufig für diese beiden Kategorien bei dem bisherigen Zustande zu belassen. Uebrigens ist er gegen den Antrag Beileites und für die Regierungsvorlage. Abg. Ehlers (fr. Bg.) macht nimmend den Vermittelungsantrag, die Differenz zwischen dem Gehalt der Richter und Regierungsräte nicht auf 900 Mark, wie die Regierungsvorlage will, und nicht auf 300 Mark, nach dem Antrag Beileites, sondern auf 600 Mark zu bemessen, also für die Richter ein Höchstgehalt von 6300 und für die Regierungsräte ein solches von 6200 (der Vorlage gemäß) zu bewilligen. Der Vorsitzende Freiherr v. Quene erklärt, daß alle in Festhalten an seiner prinzipiellen Stellung, sich für den Antrag Ehlers. Finanzminister Dr. von Miquel erklärt, die Stellung der künftigen Staatsregierung noch nicht mit Bestimmtheit angeben zu können. Er persönlich halte aber den Vorschlag des Abg. Ehlers nicht für unannehmbar. Abg. v. Richter (kons.) ist für den Antrag Ehlers. Bei der Abstimmung wird zunächst einstimmig nach dem Antrage Beileites für Amts- und Landrichter das Gehalt auf 3000 bis 6600 Mark festgesetzt, sodann wird nach der Regierungsvorlage das Gehalt der Regierungsräte auf 4200 bis 7200 Mark festgelegt. Dieser Beschluß erfolgt mit 15 gegen 13 Stimmen. Es ist also im Ganzen der Ehlers'sche Kompromissvorschlag (Differenz von 600 Mark im Höchstgehalt beider Kategorien) zur Annahme gelangt. — Bei Pol. 15 beantragt die Regierung für die Leiter von Bollandstellen, Spannungen u. l. w. in Städten mit weniger als 50 000 Einwohnern 4800 bis 6900 Mark Gehalt. Abg. Dr. Dietrich (Ztr.) beantragte, das Minimalgehalt auf 5100 Mark zu erhöhen. Der Antrag wurde mit 14 gegen 14 Stimmen abgelehnt und nach der Regierungsvorlage beschloffen. Dagegen wurde bei Pol. 19 das Gehalt der Professoren an Forst- und Bergakademien zc. nach dem Antrage Dietrich von 3800—6800 Mark nach der Regierungsvorlage auf 4100—6900 Mark erhöht. Die Positionen 20—30 wurden nach der Regierungsvorlage angenommen, darunter die Gehälter der Sekretere, Registratoren, Expedienten zc. in sämtlichen Ministerien und Zentralbehörden. In erster Lesung war hier das Minimalgehalt nur auf 5700 normirt worden, während es jetzt nach der Regierungsvorlage bis 6000 Mark steigt. — Die weitere Beratung wird auf heute vertagt, wo außerdem die Richterbesoldungsvorlage erledigt werden soll.

Ueber die Organisation der politischen Polizei beim Polizei-Präsidium in Berlin hat in der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses der Regierungskommissar, Geheimrath Dr. Umbig, Erklärungen gegeben. Danach gehören zu dem Geschäftskreis derselben das Verens- und Versammlungswesen, die gewerkschaftliche Bewegung, die Angelegenheiten der Presse, die sozialdemokratische und anarchoistische Bewegung, die Beobachtung verdächtiger Ausländer, das Theaterwesen. Die politische Polizei besteht zur Zeit aus 1 Dirigenten, 4 Deputirten nebst der erforderlichen Anzahl von Bureaubeamten und der Exekutive, die in drei Abtheilungen gegliedert ist, von denen die erste wiederum in drei örtliche Bezirke eingetheilt ist. Diese erste Abtheilung ist mit der Beobachtung der sozialdemokratischen und anarchoistischen Bewegung in Berlin und den Vororten betraut. Der zweiten Abtheilung liegt die Beobachtung der gesamten gewerkschaftlichen Bewegung ob; sie berichtet über die vorkommenden Streiks, Sperrten und Boykotts, über die Arbeitslosen zc. und bearbeitet die Begehren gegen § 153 (Moralisation) der Gewerbeordnung. Die dritte Abtheilung bearbeitet die Angelegenheiten der Presse; ihr liegt auch die Beobachtung verdächtiger Ausländer, sowie die Wahrnehmung der Schutzpolizei ob. Was den Gehaltsantrag in der politischen Polizei anlangt, so werden alle Sachen dem Dirigenten den einzelnen Deputirten zugewiesen, von letzteren, soweit möglich, logisch erledigt, oder, falls weitere Ermittlungen erforderlich sind, behufs Anstellung derselben der Exekutive vom Dirigenten überwiesen. Alle zur Bearbeitung an die Exekutive gelangenden Sachen werden vom Vorsteher den einzelnen Abtheilungen zugetheilt, wichtigere Sachen persönlich dem betr. Kommissar mit mündlicher Anweisung übergeben. Die Begehren und Beobachtungen werden je nach ihrer Wichtigkeit von den höheren oder niederen Exekutivbeamten ausgeführt. Die Verwendung von Vertrauenspersonen hierbei ist nicht zu umgehen. Letztere stehen theils mit den unteren Beamten, theils mit den Kommissaren in Verbindung. Alle Meldungen oder Vorkommnisse, Meldungen der Beobachtungen zc. unterliegen zunächst der Kontrolle des Kommissars, gehen von diesem an den Vorsteher der Exekutive, der eine nochmalige Kontrolle eintreten läßt, erforderlichenfalls durch nochmaliges persönliches Benehmen mit den Beamten bezw. Vertrauensmännern. Alsdann gelangen die Sachen in das Dezernat zur weiteren Bearbeitung und Entscheidung durch den Dirigenten der politischen Polizei bezw. den Polizeipräsidenten.

Ueber die Anschauungen einer starken Mehrheit der nationalliberalen Partei zur Frage der Handwerksorganisation giebt folgende Auslassung der „Nat.-Lib. Korr.“ Auskunft: In der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom Dienstag ist nationalliberalerlei kein Zweifel darüber gelassen worden, daß der Befähigungs-nachweis unannehmbar bleibt. Wir halten es aber auch für dringend nöthig, bezüglich der Zwangsinnungen, sollte die neue Vorlage diese bringen, die bisherigen Bedenken uneingeschränkt weiter den Ausschlag geben zu lassen. Und das ist nöthig zunächst die Erklärung des Handelsministers, die, so sachgemäß sie die wirtschaftliche Entwicklung und die dadurch verursachte Verschärfung im Handwerk beurtheilt und so entschieden sie die Forderung des Befähigungsnachweises zurückwies, die Tragweite der Zwangs-

organisation so nebenfächlich behandelte, daß die weiteren Konsequenzen gar nicht abzusehen sind. Der Minister sagte nämlich weiter, daß die Regierung dem Handwerk gegenüber bisher ihre Pflicht nicht ganz gethan habe. Das Wort war sachlich gefaßt und sachlich gemeint. Im Laufe der Sitzung aber wurde es bereits zu einem Schlagwort ausgenutzt, das sich möglicherweise ebenbürtig an das bekannte Schlagwort des Finanzministers v. Miquel anreihen wird: die bisherigen dreißig Jahre hätten dem Handel und der Industrie gehört, und die nächsten dreißig Jahre geschichtlich für die Zukunft der Handwerkswirtschaft sein. Bei den Neuerungen des Handelsministers über die Zwangsorganisation ist es fast mit Sicherheit zu erwarten, daß unter dem Druck dieses Schlagwortes die Regierung zu Entscheidungen gedrängt werden, deren Tragweite unübersehbar ist. Bisher aber sehe man sich, daß die Zwangsorganisation und der Befähigungsnachweis, der sich daraus entspringen soll, allenfalls von einem Theil der deutschen Handwerker gewinnlich werden. Wer die übrigen neun Zehntel dieser Zwangsorganisation unterwerfen will, muß sich somit auch für den materiellen Nutzen verbürgen, den ihnen mit diesem Zwange d. s. korporirte Handwerk und ihre politischen Vorkämpfer verheißt. Diese Garantie kann nun aber niemand übernehmen, der sich politisch für länger verpflichtet hält, als nur bis zum nächsten Jahre, bis die Wahlen gesprochen und für weitere fünf Jahre — Ruhe geschafft haben, nämlich für die Befugter der Mandate.

Die Berichte über den Anhangsfrage von Berlin, die wegen Verletzung der Wehrpflicht verurtheilt sind, erweisen sich häufig als nicht erschöpfend. Der Justizminister, der Kriegsminister und der Minister des Innern haben daher in einer gemeinschaftlichen Verfügung vom 6. v. M. als Regel aufgestellt, daß sich die Verurtheilung einmal auf die Gründe, die für oder gegen den Krieg oder die Ermäßigung der erkannten Strafe sprechen, sodann über die Frage, ob und in welcher Weise die Militärverhältnisse des Verurtheilten geregelt sind oder noch zu regeln sein werden, und endlich über die Gründe, die für oder gegen die Gestattung eines dauernden oder vorübergehenden Aufenthalts im Inlande sprechen. Zu letzterer Frage wird bemerkt, daß den wegen Verletzung der Wehrpflicht bestraften Personen, sofern sie die Rückzugepflicht verloren haben, selbst ein vorübergehender Aufenthalt im Inlande nur unter ganz besonderen Umständen gestattet werden kann. Dies gilt auch für die sogenannten Deutschamerikaner.

Italien.

Rom, 3. März. (Melbung der „Agenzia Stefani“.) Dem Vernehmen nach wird morgen das Dekret veröffentlicht, durch welches die Kammer aufgelöst wird und die Neuwahlen auf den 21. März, die Stichwahlen auf den 28. März festgesetzt werden.

Schweden und Norwegen.

Christiania, 3. März. Das Storting beschloß heute einstimmig, eine Kommission aus neun Mitgliedern einzusetzen, welche die Frage des Abzuges von Schiedsgerichtsverträgen zwischen Norwegen und anderen Staaten erwägen und eventuell dem Storting darauf bezügliche Vorschläge unterbreiten soll.

England.

London, 3. März. Gegenüber der auswärts verbreiteten Melbung, daß auf dem englischen, von Bombay nach London bestimmten Dampfer „Venus“ in Malta ein Pestfall festgesetzt und die Landung des Kranken in Malta nicht gestattet worden sei, konstatirt „Reuter's Bureau“, daß über einen Pestfall an Bord des Dampfers „Venus“, der am 28. Februar in Genua einetroffen ist, nichts bekannt ist, und daß die Melbung um so mehr für vollständig unbegründet gehalten werde, als überhaupt kein aus Indien kommendes Schiff Malta anlaufen darf.

Amerika.

Am heutigen 4. März vollzieht sich die Verlegung des großen Wassers ein bedeutungsvoller Vorgang: die Einführung des Kinleys in das Amt eines Präsidenten der Vereinigten Staaten. Ein nahezu monarchischer Pomp wird bei dieser Gelegenheit entfaltet werden. Für Dekorationen, Paraden, Festlichkeiten sind gegen 80 000 Dollars (über 400 000 Mark) durch öffentliche Subskription von den Freunden des Kinleys gesammelt worden. Das prächtig geschmückte Washington ist von Fremden überfüllt.

Vier Jahre lang wird er das Weiße Haus, dieses schlichte und doch erhabene Heim amerikanischer Staatsoberhäupter bewohnen, vier Jahre lang wird die Geschichte dieses Riesensiedes seinen Namen als Kapitel-Überschrift tragen. Au Einfluß und Ansehen, wenn auch nicht an Machtthülle einem König gleich, wird er nach dieser Zeit in die Reihe der übrigen Bürger zurücktreten.

Mc. Kinley war Zeit seines Lebens ein Mann der Arbeit — freilich nicht der strengen, engbegrenzten Fugarbeit im europäischen Sinn. Der Weiße nach bethätigte er sich als Offizier, Rechtsanwalt, Volkswirth, Abgeordneter, Zoll- und Finanzpolitiker, Gouverneur — alles mit der glücklichen Leichtigkeit und frischen Zuversicht, mit der der Sohn des jungfräulichen Amerika eine Berufshülle abstreift, um ein andere zu wählen. Er war ein Zufall, der ihm eine neue Glücksbahn wies. Durch einen Mißgriff, den er einmal im Kongreß beim Wettbewerb um die Stelle des Sprechers erlitt, kam er erst in nähere Berührung mit den Einzelheiten der Staatswirtschaft. Sein glücklicher Lebenshüpf, Neid, war nämlich nach der herrschenden Paraphrase verpflichtet, den Unterlegenen für das Amt eines Präsidenten des „Komitees für Mittel und Wege“ (Ways and Means) in Vorschlag zu bringen. Auf diese Weise kam Mc. Kinley, der sich bis dahin bloß theoretisch mit der Volkswirtschaft beschäftigt hatte, zum ersten Mal in die Lage, seine Ideen gelebter zu verwirklichen. Mit der ganzen Unbefangenheit und Skrupellosigkeit des Selbstgelehten schlang er sich auf die zur Höhe führende Jakobleiter des Erfolges. Sein bejubelter Zolltarif, dessen Einzelheiten mehr nach den Wünschen der interessirten Fabrikanten, als nach den Bedürfnissen einer gefunden und folgerechten Schutzpolitik zusammengestellt waren,

wimmelte von Widerprüchen und Unmöglichkeiten. Die erste Sprosse der Leiter brach unter ihm zusammen. Der Tarif ließ sich in der bisherigen Gestalt nicht aufrecht erhalten, und wurde daher die wirksamste Agitationswaffe in den Händen der Opposition. Aber der berechnende Mann hatte sich einen mächtigen Bundesgenossen, den amerikanischen Nationalismus, gewonnen und vertraute daher auf die Zukunft. Seine Erwartung täuschte ihn nicht: die Woge der Volksthum hob ihn wieder empor und jetzt thront er hoch oben in überflüssigem Glanze, in den Händen Segen und Unsegen für seine Mitbürger.

Mc. Kinley's Ruf ist fessend und unantastbar, die Korruption der amerikanischen Beamtenwelt hat ihn nicht zu sich heranzuziehen vermocht. Aber unabhängig, persönlich frei ist er darum nicht. Aus patriotischer Ehrgeiz machte er sich zum Werkzeug der amerikanischen Industrie. Aus Popularitätsucht übernahm er als Gouverneur von Ohio für seine Anhänger Wechselverbindlichkeiten, denen er nicht gewachsen war und die daher bald zu einem pekuniären Zusammenbruch führten. Die Freunde, die ihm aus der Präfektur halfen, waren wohl schon damals überzeugt, daß sie sich den zukünftigen Präsidenten der Vereinigten Staaten zum Freunde machten. Seine Abhängigkeit von den „Trusts“, die sich bereits in der Ernennung Mc. Cooks, des bekannten Trust-Anwalts, zum Attorney-General dokumentirte, wird schon jetzt in der Presse bitter beklagt.

Die Haltung der Vereinigten Staaten gegenüber England, besonders aber gegenüber Spanien in der Kuba-Frage wird während des kommenden Quadrienniums zweifellos scharfer und herausfordernder werden. Die ganze Vergangenheit Mc. Kinley's und die gegenwärtige Stimmung der amerikanischen Nation scheinen jedenfalls dafür zu sprechen, daß die Monroe-Doktrin mit einer Schärfe und Entschiedenheit aufgeworfen werden wird, wie nie zuvor.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 4. März. Heute tritt in Berlin der Synodalkatholik zusammen. Zur Vorathung steht in erster Linie folgende die Amtshaltung der Geistlichen im Falle von Feuerbeurteilungen betreffende Frage: „Wie wird die Ausübung der seelsorgerlichen Pflicht der Geistlichen, den Hinterbliebenen solcher Verstorbenen, deren Leiden zur Feuerbestattung ins Ausland überführt werden, Trost durch Gotteswort zu spenden, begrenzt durch die Ungültigkeit ihrer amtlichen Theilnahme an Trauergottesdiensten, welche zum Gedächtnis der Verstorbenen von den Hinterbliebenen veranstaltet werden?“

In Königsberg i. Pr. verstarb der General-Major z. D. Julius von Suchten im Alter von fast 88 Jahren, derselbe war von 1864—1866 Kommandant von Kolberg.

Seitens des Zentralvereins für die Interessen des Detailhandels wird die Ausarbeitung einer Denkschrift, welche dem Bundesrath zwecks Erlangung weiterer Ausnahmen von den Beschränkungen des Detailhandels unterbreitet werden soll, beabsichtigt. Alle Interessenten sind daher gebeten worden, möglichst erschöpfendes Begründungsmaterial sowie Beiträge zu den Kosten der Denkschrift an den Vorsitzenden des Vereins, Herrn R. Detring, Fabrikant, Bielefeld senden zu wollen.

408,45 Mark hat der am Montag anlässlich des Künstlerfestes in Wellsee veranstaltete Jahrmakst eingebracht und ist diese Summe dem Kaiser Friedrich-Denkmal-Fonds überwiesen.

Die Ziehung der 3. Klasse der Königl. preuss. Lotterie beginnt am 15. d. M. Die Erneuerung der Loose hat spätestens bis zum 11. März zu erfolgen.

Am 22. d. M. werden aus Anlaß der Kaiser Wilhelm-Jahresfeier die Postämter nur wie an Sonntagen geöffnet sein. — Auf Roms Fernsicht der Finkenwälder Gemeinde eine Schanzenlinie erbaut, welche noch in diesem Frühjahr dem Betrieb übergeben werden soll.

Im Februar 1897 kamen bei dem hiesigen königlichen Standesamt zur Eintragung 393 Geburten (gegen 396 in demselben Monat des Vorjahres), 249 Sterbefälle (301), 81 Eheschließungen (59) und 94 Aufgebote (73).

Der Buchhändlerverein hielt gestern Abend im Kongressrestaurant seine diesjährige ordentliche Hauptversammlung ab. Der Vorsitzende, Herr Professor Dr. Meyer, widmete dem verstorbenen langjährigen Mitgliede, Herrn Worpitzki, einen warmempfundnen Nachruf und erbat die Anwesenden das Andenken des Verunglückten durch Erheben von den Plätzen. Sodann erstattete der Vorsitzende Bericht über die Vereinsstätigkeit während des Jahres 1896. Eine bei Doppelstuhl gefundene Quelle wurde neu gefaßt und der Wegeverbesserung wie in früheren Jahren weitgehende Aufmerksamkeit gewidmet. Weiter fällt in das vergangene Jahr die Fertigstellung des Aussichtsturmes auf dem Klostertopf, leider überstieg die Kosten des Baues mit rund 850 Mark den Voranschlag nicht unerheblich. Der Mehrbetrag wurde nachdemhinein und beschloffen, den Thurm durch einen Aufzug nach am sechs Meter zu erhöhen, wodurch ein prächtiger Rundblick über Stettin bis zum Haff hinab gewonnen werden soll. Die Kosten des Neubaus, der noch in diesem Sommer begonnen werden soll, sind auf 350 Mark veranschlagt. Die Mitgliederzahl betrug am Schlusse des Berichtsjahres 1590, was gegenüber dem Vorjahre einen Zuwachs von 213 und gegenüber dem Jahre 1890 einen solchen von mehr als 800 Mitgliedern bedeutet. Die Jahresrechnung für 1896 beläuft sich auf 2137,42 Mark, wobei für 1897 ein Ueberschlag von 400 Mark verbleibt. Der Etat für 1897 wurde in Einnahme und Ausgabe auf 1700 Mark festgesetzt. Dem Kassenträger wurde Entlastung erteilt und sodann an Stelle des ausscheidenden Herrn Eufentich Herr Hermann Saran mit diesem Amt betraut.

Der in der Weinhandlung von Bismarck u. Co. hieselbst beschäftigte, 17 Jahre alte Lehrling Edmund Wey fandte vorgestern nach Unterfischlagung von 160 Mark in Begleitung eines gleichaltrigen Gefährten, des Schreibers Max Wuffe, das Weiße. Gestern Abend kamen

Athen, 4. März. (Privat-Telegramm). Der König reiste gestern nach Thessalien ab, woselbst ein Zusammenstoß befürchtet wird.